

Georg Vobruba

Die Dynamik Europas

2., aktualisierte Auflage

ARBEIT GRENZEN POLITIK HANDLUNG METHODIK GEWALT SPRACHE WISSEN
SCHAFT DISKURS SCHICHT MOBILITÄT SYSTEM INDIVIDUUM KONTROLLE
ZEIT ELITE KOMMUNIKATION WIRTSCHAFT VERBUNDENHEIT STADT WERTE
RISIKO ERZIEHUNG BEWEGUNG RELIGION UMWELT SOZIALISATION
RATIONALITÄT VERANTWORTUNG MACHT PROZESS LEBENSSTIL DELIN



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Georg Vobruba

Die Dynamik Europas

Georg Vobruba

Die Dynamik Europas

2., aktualisierte Auflage



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

1. Auflage März 2005
2., aktualisierte Auflage Juli 2007

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2007

Lektorat: Frank Engelhardt

Der VS Verlag für Sozialwissenschaften ist ein Unternehmen von Springer Science+Business Media.
www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Krips b.v., Meppel

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in the Netherlands

ISBN 978-3-531-15463-3

Inhalt

1. Einleitung.....	7
2. Die Dynamik von Integration und Erweiterung.....	15
2.1 Einleitung.....	15
2.2 Zentrum und Peripherie.....	17
2.3 Expansion in konzentrischen Kreisen	19
2.4 Exklusionspolitik	21
2.5 Inklusionspolitik als eigennützige Hilfe.....	23
2.6 Expansion infolge vertiefter Integration.....	26
3. Europas Dynamik an internen Grenzen	31
3.1 Gewinner und Verlierer.....	31
3.2 Illegalität und Freizügigkeit. Paradoxe Politik in der Osterweiterung	49
3.3 Grenzen des Mehrheitsverfahrens. Politische Willensbildung in der Europäischen Union	59
4. Europas Dynamik an externen Grenzen	77
4.1 Abgestufte Integration.....	77
4.2 Der Grenzfall Türkei. Die Mitgliedschaft in der Logik von Politik	92
4.3 Expansion ohne Erweiterung. Binnendynamik und Außenbeziehungen der Europäischen Union	115
5. Schluss.....	133
Literaturverzeichnis.....	135

Vorwort zur zweiten Auflage

Für die zweite Auflage habe ich den Text durchgesehen, korrigiert und aktualisiert. Inhaltliche Revisionen waren aus zwei Gründen nicht erforderlich. Zum einen gab die Diskussion der Theorie der Dynamik Europas bisher keinen Anlass, ihre zentralen Thesen zu revidieren. Und zum anderen hat die Entwicklung der EU seit der Erstveröffentlichung im Mai 2005 gezeigt, dass in der Theorie der Dynamik Europas erhebliches Prognosepotential steckt.

Leipzig, im Februar 2007

Georg Vobruba

1. Einleitung

Die traumatischen Erfahrungen des zweiten Weltkriegs führten zu einem schwärmerischen Engagement für Europa, das bis zur Gründung des Europarats anhielt. Danach ging die Entwicklung Europas in die Zuständigkeit der Diplomatie über und wurde – und blieb bis in die jüngste Vergangenheit – zur Angelegenheit von Spezialisten. Die Europäische Integration war also von Anfang an ein friedenspolitisches Projekt. Die Dynamik Europas wurde nach 1945 angetrieben von der Suche nach einem politischen Rahmen für die ungelösten Probleme der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. „Deutschland bleibt im Horizont eines nationalstaatlich gegliederten Europa eine Frage“ schreibt Helmuth Plessner 1935. „Die Verteilung deutschen Volkstums quer durch die europäischen Staatsgrenzen stellt eine Tatsache dar, die eine Lösung entweder im Sinne der vornationalen ökumenischen Reichsidee oder im Sinne der nachnationalen Organisation der Vereinigten Staaten von Europa verlangt.“ (Plessner 1982: 42, 50) Nach dem Ende des zweiten Weltkriegs ging es darum, im europäischen Rahmen mit neuen Mitteln an dem alten Problem zu arbeiten. In den frühen Jahren der Europäischen Integration bestand der Widerspruch zwischen friedenspolitischen und wirtschaftlichen Zielsetzungen darin, Deutschland einerseits politisch unter Kontrolle zu halten, aber andererseits ökonomisch Raum zu bieten. Über die Jahrzehnte, und insbesondere mit der Süderweiterung (1981, 1986) entwickelte sich das folgende Muster im Verhältnis von Politik und Ökonomie: Die EU wird entlang politischer Zielsetzungen entwickelt, die ökonomischen Folgen werden nach jedem politischen Entwicklungsschub in einer längeren Phase integrationspolitischer Stagnation abgearbeitet. In der Folge von 1989 wurde die Dominanz des Politischen besonders deutlich. Zum einen ging es darum, das gewachsene Deutschland noch stärker in europäische Strukturen einzubinden, um – begründeten oder unbegründeten – Ängsten vor hegemonialen Tendenzen Deutschlands in Europas ein für alle Mal die Grundlage zu entziehen (Brunn 2000: 256, 272). Daraus resultierte das eine integrationspolitische Großprojekt: die gemeinsame europäische Währung. Die Aufgabe der DM zugunsten des EURO war eine entscheidende Bedingung für die internationale Zustimmung zur Wiedervereinigung. Zum anderen ging es, analog zur Süderweiterung, darum die Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa irreversibel zu machen. Bei beiden Großprojekten dominierte die Logik von Politik.

Und in beiden Fällen zeichnet sich nun der Beginn jener Phase ab, in der es wieder darum geht, die ökonomischen Folgen des politischen Integrationschubs abzuarbeiten.

Entscheidend für den gegenwärtigen Zustand der Dynamik der Europäischen Union ist, dass im Zuge der Entwicklung der Europäischen Integration die Leute immer mehr ins Spiel kamen. Denn erst dadurch entstand das Spannungsverhältnis zwischen europäischer Institutionenpolitik und Bevölkerung, welches die gegenwärtige Dynamik Europas ausmacht. Diese Dynamik verändert Europa nachhaltig.

So lange die Europäische Gemeinschaft/Union ein Wirtschaftsraum war, „der durch Institutionen zusammengehalten wurde“ (Immerfall 2000: 483), war sie eine Angelegenheit von Spezialisten. Die Europäische Integration ging langsam voran, stagnierte immer wieder. Schließlich aber war die Integration so weit fortgeschritten, dass sie auf die allgemeinen Lebensverhältnisse durchschlug. Nun konnte man nicht mehr umhin, als Konsumentin, Arbeitnehmer, Wählerin und Reisender die politische Wirksamkeit der EU zu bemerken. So wurde die Integrationspolitik durch Spezialisten von ihrem eigenen Erfolg überholt. Das Drehen an politischen Stellschrauben, angeleitet von integrationspolitischem Spezialwissen, war letztlich doch so effektiv, dass so weite Bevölkerungskreise involviert wurden, dass sich die Europapolitik als Spezialistenpolitik überlebte. In dem Moment, in dem Spezialisten nicht mehr mit ihrer Politik allein und ungestört sind; in dem Moment, in dem die Leute ins Spiel kommen, tut sich eine neue Differenz auf: Die Differenz zwischen Leuten und Elite. So wird aus den Spezialisten eine politische Elite. Die Elite konstituiert sich aus der Differenz zu den Leuten. Ob sie will oder nicht.

Damit gerät das europäische Integrationsprojekt in einen neuen gesellschaftlichen Aggregatzustand: Mit der Involvierung der Leute setzt die Europäisierung der bisher national gedachten Gesellschaften Europas ein. Die Dynamik Europas speist sich von nun an aus dem Spannungsverhältnis von Institutionen und Individuen. Dies ist zugleich der Ansatzpunkt der Soziologie der Europäischen Integration.¹ Ihre Fragestellung zielt auf Wechselwirkungen zwischen Europäischer Institutionenbildung und Europäischer sozialer Integration. Die Frage nach den Ursachen der Dynamik Europas ist darum zu splitten in Fragen nach Wirkungen von integrationsrelevanten Institutionen auf die Einstellungen,

¹ Dass die Soziologie diese Entwicklung verschlafen hat, stimmt nicht: Der Wandel von der isolierten Spezialistenpolitik zum Dauerspannungsverhältnis zwischen Europäischen Institutionen und Leuten ist ungefähr Ende der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts anzusetzen. Die Soziologie in Deutschland reagierte beinahe zeitgleich und nachhaltig, wenn auch nicht auf breiter Front mit der Entwicklung europasozilogischer Fragestellungen (vgl. Lepsius 1991; Kaase 1991; Gerhards 1993; Münch 1993. Zur Bilanzierung und Weiterentwicklung vgl. Bach 2000; Immerfall 2000; Nollmann 2004; Delhey 2005).

Handlungsmotive und das Handeln der Leute einerseits, und nach Wirkungen des Handelns der Leute auf Stabilität und Wandel europäischer Institutionen andererseits.

Ich ziehe die Diagnose des Entwicklungsstandes, von dem meine Analyse ausgeht, so kompakt wie möglich zusammen: Der Erfolg der Spezialistenpolitik sprengt ihren eigenen Rahmen, involviert die Leute in das EU-Projekt und konstituiert so die Differenz zwischen EU-Elite und den Leuten. Deren Interessen, Einstellungen, Meinungen werden von da an für den integrationspolitischen Erfolg konstitutiv. Darum werden nun Probleme der politischen Willensbildung, der Legitimation und der Entwicklung kollektiver Identifikation mit Europa zu Kernproblemen der europäischen Entwicklung. So wird in der Agenda 2000 die Sorge artikuliert, dass „die Bürger sich von dem beschleunigten institutionellen Zusammenwachsen Europas überrollt fühlten“ und es werden Überlegungen angemahnt, „wie das europäische Gesellschaftsmodell im 21. Jahrhundert weiterentwickelt und wie den wichtigsten *Anliegen der Bürger* am besten entsprochen werden kann.“ (Europäische Kommission 1997: 12, 14. Hervorhebung im Original)

Die Europäische Integration ist ein hoch riskantes politisches Großprojekt. Einerseits haben die Entwicklungen, die angestoßen werden, eine solche Größenordnung und Komplexität, dass sie nur sehr begrenzt steuerbar sind. Das schließt die Möglichkeit des Scheiterns immer mit ein. Andererseits ist das Projekt EU-Integration unverzichtbar. Sein Scheitern bedeutet also maximalen Schaden. Es ist klar, dass ein so riskanter Prozess wie die Europäische Integration Krisen durchläuft. Das ist an sich nichts Ungewöhnliches, muss auch nichts mit dem Scheitern des Projekts zu tun haben. Vielmehr können Beunruhigungen, welche Krisen hervorrufen, selbst zum Integrationsmoment werden. Krisen sind Situationen, in denen die gesellschaftliche Aufmerksamkeit und Handlungsbereitschaft die Veränderungen von Strukturen erfasst. Das schließt die Möglichkeit verstärkter Unterstützung der Integration ebenso ein wie das Risiko eines völligen Legitimationsentzuges. Krisen können so oder anders ausgehen. Darum sind Krisen offene Entscheidungssituationen.

Europa steckt zurzeit in einer solchen Entscheidungssituation. Jahrzehnte blieb die Europäische Integration unterhalb der Schwelle öffentlicher Aufmerksamkeit. Sie wurde von einer überschaubaren Zahl von politischen Spezialisten vorangetrieben, die (so sie als Vertreter nationaler Interessen agierten) einander Grenzen setzten, die aber von ihrer gesellschaftlichen Umwelt kaum gestört wurden. Diese Politik führte zu einem sehr langsamen aber doch voranschreitenden Integrationsprozess. Spätestens Anfang der 90er Jahre ist die Europäische Integration ihrem alten Politikmodus entwachsen. Gleichwohl wurde die Integration als Elitenprojekt weiter geführt, schlicht, weil kein anderer Politik-

modus verfügbar war und ist. Denn die Europäische Integrationspolitik lässt sich vom Modus der Spezialistenpolitik nicht so ohne weiteres auf den Modus Demokratie umstellen. Denn weder ist klar, worin eine entschiedene Demokratisierung der Europäischen Integration überhaupt bestehen könnte, noch lässt sich absehen, wohin dies tatsächlich führen würde. Es zeichnet sich also das integrationspolitische Dilemma ab: Man muss die Integration auf die Leute stützen, fragt man aber die Leute ernsthaft, so riskiert man, dass sie die Integration nicht mit tragen.

Was folgt aus dieser Europäischen Konstellation? Darum geht es in diesem Buch. Ich beginne mit der Rekonstruktion des dominanten Entwicklungsmusters der Europäischen Union: Es ergibt sich aus den Wechselwirkungen von Integration und Expansion, wobei sich in der Expansion immer wieder ein Muster konzentrischer Kreise reproduziert. Nach dieser Grundlegung entwickle ich die Analyse in zwei großen Strängen: Erst geht es um die Binnenprobleme der erweiterten EU, dann um Hauptprobleme in ihren externen Beziehungen.

Im ersten Hauptteil der Untersuchung geht es um die Frage, in welcher Weise die Dynamik der EU an innere Grenzen stößt. Ich untersuche Bruchlinien der EU-Entwicklung: Ungleichheiten, Desintegrationstendenzen und Spannungen innerhalb der Neumitglieder und zwischen Alt- und Neumitgliedern. Die integrationssoziologische Bedeutung dieser Bruchlinien wird deutlich, wenn man danach fragt, unter welchen sozialen Voraussetzungen Mehrheitsverfahren auf der EU-Ebene praktikabel sind. Dies führt zur Diskussion der Leistungsfähigkeit und der Grenzen der Mehrheitsregel in der Europäischen Union und zu ihrer Stellung in der Europäischen Verfassung.

Die Zukunft der Europäischen Union hängt von ihrer Fähigkeit ab, mit ihren eigenen Konflikten fertig zu werden. Die Europäische Verfassung muss darum Weichen für die Entscheidungs- und Kompromissfindung stellen. Dabei spielt das Mehrheitsverfahren eine immer wichtigere Rolle, da Politik auf der Grundlage von Konsensen aller an Grenzen stößt. Einerseits lässt sich nicht hinnehmen, dass jegliche Partikularinteressen die Integration blockieren können. Andererseits ist es nur sehr begrenzt möglich, Integration über die Köpfe nationaler Interessen hinweg zu betreiben. Das gilt erst recht, nachdem sich mit der Osterweiterung der Kreis der EU-Mitglieder deutlich vergrößert hat und die Interessenlagen zunehmend heterogen wurden. Die Ausweitung von Mehrheitsverfahren ist also im weiteren Europäischen Integrationsprozess ebenso unabdingbar wie riskant. Entscheidend ist: Wie viel Integrationskraft kann man dem Mehrheitsverfahren zutrauen? Und wie viel Integration hat das Mehrheitsverfahren selbst als Voraussetzung?

Im zweiten Hauptteil der Untersuchung geht es um äußere Grenzen, an welche die Entwicklungsdynamik der EU stößt. Ansatzpunkt ist der zunehmen-

de Widerspruch zwischen Integration und Erweiterung der EU, das exponentielle Wachstum der Integrationskosten jedes weiteren Erweiterungsschritts. In dieser Weise zeichnen sich die äußeren Grenzen der Entwicklung der EU ab. Was bedeutet dies für die Zukunft der EU?

Die Auffassung, dass nicht alle Mitgliedsländer bei allen politischen Themen ein ausreichendes Maß an Gemeinsamkeit zustande bringen, hat zu diversen Vorschlägen zu einer differenzierten Integration geführt. Wenn unterschiedliche Gruppen von EU-Mitgliedern bei unterschiedlichen politischen Themen unterschiedliche Einigungsmöglichkeiten haben, dann sollen sie diese differenziert realisieren. So die Quintessenz vieler Vorschläge. Wird dies zu einem Geflecht von unterschiedlich tief integrierten Mitgliedsländern führen, in dem sich die Integrationsunterschiede im Ergebnis ausgleichen? Oder wird sich daraus ein territorial verfestigter, stark integrierter Kern herausbilden, der sich mit einer schwächer integrierten Peripherie umgibt? Dies ist die erste Kernfrage der zukünftigen Entwicklung der Europäischen Union. Ich werde sie erst an der Frage des EU-Beitritts der Türkei abhandeln. Denn bei der Türkei handelt es sich um einen hoch relevanten Grenzfall. Dann werde ich untersuchen, in welcher Weise das Muster konzentrischer Kreise die Beziehungen der EU zu jenen Ländern ihrer Peripherie prägt, für die eine Vollmitgliedschaft nicht vorgesehen ist. Das ist die zweite Kernfrage der zukünftigen Entwicklung der Europäischen Union: Wie funktioniert Expansion ohne Erweiterung?

2. Die Dynamik von Integration und Erweiterung

2.1 Einleitung

Die Integration Europas war von ihren Anfängen an ein umfassendes politisches Pazifizierungsprojekt mit großen ökonomischen Vorteilen. Die ökonomischen Vorteile der Integration und Erweiterung der Europäischen Union liegen auf der Hand: Die laufende Erweiterung des gemeinsamen ökonomischen Raumes, der Abbau von Hemmnissen für den Handel und für die Mobilität von Arbeit und Kapital bringt Effizienzgewinne. „Die Zustimmung zu ‚Europa‘ ruht auf dem Glauben, dass die wirtschaftliche Integration in einen großen Markt die Produktivität erhöhe und das nationale Volkseinkommen steigere.“ (Lepsius 2003: 520) Aber sind diese Vorteile Ursachen der europäischen Integration? Waren sie tatsächlich „bisher entscheidend für alle Schritte zunehmender supranationaler Integration“ (ebd.) der Europäischen Union? Hier muss man scharf zwischen den volkswirtschaftlichen Wettbewerbs-, Allokations- und Wohlfahrtsvorteilen einerseits und den auf die europäische Integration gerichteten Motiven und Interessen einzelner Unternehmen und Unternehmerverbände andererseits, also zwischen Beobachterperspektive und Akteursperspektive, unterscheiden. Gesamtwirtschaftliche Vorteile sind Zuschreibungen aus einer distanzierten Beobachtungsposition. Als Ursachen von Integrationsschüben können ökonomische Vorteile nur in Frage kommen, wenn sie zugleich Inhalt der Interessen von Akteuren sind. Zwar gibt es im reichen Kern der EU stets Interessen an der Erschließung neuer Arbeits- und Absatzmärkte, und darum an der politischen Entwicklung größerer, einheitlicher Wirtschaftsräume. Da es in solchen Entwicklungen aber stets Gewinner und Verlierer, also Integrationsbefürworter und Integrationsgegner, gibt, und da nie ganz sicher ist, wer gewinnen und wer verlieren wird, sind die Unternehmensinteressen keineswegs eindeutig auf Integration und Erweiterung gerichtet. Aus Beobachterperspektive ist eindeutig, dass die Europäische Integration ökonomische Vorteile nach sich zieht, aus Akteursperspektive aber ist uneindeutig, wer in den Genuss dieser Vorteile kommt. Dies verbietet es, Unternehmensinteressen zu einem einheitlichen „Kapitalinteresse“ zu aggregieren und als Ursache der Integration und Erweiterung der Europäischen Union zu verwenden. Allenfalls trägt der Hinweis auf Unternehmensinter-

essen bei zu erklären, warum das Projekt der Integration und Erweiterung Europas nicht längst gescheitert ist.

Im Rückblick auf sechs Jahrzehnte lässt sich in der Entwicklung Europas ein immer wiederkehrendes Muster erkennen: Das aus dem Trauma von zwei in Europa ausgetragenen Weltkriegen entstandene europäische Grundanliegen der Pazifizierung hat sich über ökonomische Bedenken und Widerstände immer wieder hinweggesetzt. Jede Entwicklungssequenz beginnt mit einem politischen Entwicklungsschub; bald darauf werden ökonomische und soziale Folgen sichtbar, die in eine Krise und längere integrationspolitische Stagnation führen; dann folgt eine längere Phase der mühsamen Überwindung der Krise und der Konsolidierung des jeweils erreichten Integrationsstandes. Gegenwärtig steht die Europäische Union wieder am Beginn einer solchen Sequenz. Die Osterweiterung im Jahr 2004 samt den weiteren in Aussicht genommenen Erweiterungsschritten auf der einen Seite und die exponentiell zunehmenden Probleme einer Vertiefung der Integration auf der anderen Seite haben die Europäische Union in eine tiefe Krise geführt. Was bedeutet das?

Der Krisenbegriff hat in den Sozialwissenschaften einen ambivalenten Ruf. Einerseits hat seine (frühere) inflationäre Verwendung zu Zweifeln an seiner analytischen Brauchbarkeit bis hin zu allergischen Abwehrreaktionen – „Man heult auf, bevor man begreift“ (Luhmann 1981: 59) – geführt. Andererseits ist „Krise“ als analytischer Begriff zur Aufklärung spezifischer Formen des sozialen Wandels mindestens in den Fällen unverzichtbar, in denen eine gesellschaftliche Konstellation von den Akteuren in ihren institutionellen Kontexten selbst als Krise wahrgenommen und dem entsprechend gehandelt wird. (Vgl. Bohmann, Vobruba 1992) Um sozialwissenschaftlich sinnvoll von einer Krise zu sprechen, müssen also dreierlei Bedingungen erfüllt sein: Erstens muss eine Institution mit mehr Problemen konfrontiert sein, als sie in ihrer gegebenen Verfassung zu verarbeiten in der Lage ist. Zweitens muss Zeitdruck bestehen, diese Probleme dadurch zu lösen, dass sich die Institution entsprechend verändert, transformiert, da sie anderenfalls irreversiblen Schaden erleidet (vgl. Habermas 1973). Und drittens müssen die Akteure selbst die Konstellation als Krise wahrnehmen und angeleitet von einer expliziten oder impliziten Krisendiagnose handeln.

Die Osterweiterung der Europäischen Union übersteigt die Kapazität der EU zur Problemverarbeitung bei weitem. Sowohl distanzierte Beobachter als auch involvierte Akteure stimmen darin überein, dass die tragenden Institutionen der Europäischen Union in ihrer gegenwärtigen Verfassung nicht dazu geeignet sind, den aus der Erweiterung resultierenden Anforderungen zu genügen. Die kompakteste Formulierung dieser Diagnose im politischen Alltagsdiskurs lautet, dass die Institutionen der EU für sechs Mitgliedsländer geschaffen wur-

den, die sukzessive Erweiterung auf fünfzehn Mitglieder gerade noch verkraften konnten, dass sie von der Erweiterung auf fünfundzwanzig (und später mehr) Mitglieder aber rettungslos überfordert sind. Diese Überforderung, so heißt es, rührt einerseits von der schieren Zahl der Mitglieder, andererseits von ihrer zunehmenden Heterogenität her. Entsprechend zielen alle institutionellen Reformanstrengungen auf neue Formen der Repräsentation, der politischen Willensbildung und der Verteilung von Lasten und Erträgen im Rahmen der EU. Auf Europäischer Ebene politikleitend ist die Überzeugung, dass diese Überforderung rasch abgebaut werden muss, soll die EU handlungsfähig bleiben. Diese Deutung war am Gipfel von Nizza im Jahr 2000 handlungsleitend, auch wenn sich der Impetus nicht unmittelbar in angemessene Politik umsetzen ließ. Darum kam es zur Einrichtung des Verfassungskonvents: Ohne kollektives Krisenbewusstsein wären die Regierungschefs als Repräsentanten nationaler Interessen nie in der Lage gewesen, ein Gremium zur Überwindung des Reformstaus einzurichten, den sie selbst verursachen.

Die Osterweiterung der EU hat diese Probleme manifest werden lassen (vgl. Beichelt 2004). Insofern halte ich es in der Tat für angemessen, von der „Erweiterungskrise der Europäischen Union“ (vgl. Vobruba 2003; Habermas 2004; Bach 2006) zu sprechen. Aber die Ursachen der Krise liegen tiefer und ihre Folgen reichen über den Anlass Osterweiterung weit hinaus. Diese Konstellation lässt das Grundmuster der bisherigen Entwicklung der Europäischen Union deutlich werden, und zwar gerade weil diese Entwicklung nun an Grenzen stößt. Die aktuelle Konstellation eignet sich darum gut, das Grundmuster und die ihm inhärente Dynamik zu erfassen.

2.2 Zentrum und Peripherie

Die Dynamik Europas wird entscheidend von Interdependenzen und Interaktionen zwischen dem Zentrum und der Peripherie der Europäischen Union geprägt. Diese Interdependenzen und Interaktionen sind das zentrale Thema der Theorie der Dynamik Europas. Die Diskussion um Zentrum-Peripherie-Modelle hat ihre entscheidenden Impulse Stein Rokkan zu verdanken.² Dennoch bestehen zwischen Rokkans historischen Langzeitentwürfen und dem Ansatz, den ich hier entwickeln will, nur wenige Berührungspunkte. Rokkan sucht nach nicht weniger als „einem Muster in der geopolitisch-geoökonomischen Geschichte Westeuropas“ (Rokkan 2000: 170). Dieser Anspruch an die Reichweite der Theorie verursacht Kosten. Die Erstreckung des Zentrum-Peripherie-Modells über mehr

² Insbesondere Maurizio Bach (2003: 51) hat eine Rückversicherung meiner Überlegungen bei Rokkans Zentrum-Peripherie-Modell angemahnt.